

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1899

69 (22.3.1899) I. Blatt

Angabe:
wöchentlich zwölf Mal.
Abonnementspreis:
Vierteljährlich:
in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf.,
in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pf.,
durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf.
Vorauszahlung.
Redaktion und Expedition
Kirchstraße 9.
Telephonanschluß Nr. 401.

Badische Landeszeitung

mit täglichem Unterhaltungsblatt und Verlosungsbeilage.

Anzeigengebühr.
Die 1spaltige Kolonelleiste, deren Raum für 20 Zeilen für 15 Pf., für auswärtsige Anzeigen 20 Pf., im Kleinereil 60 Pf. Bei größeren Aufträgen entsprechende Abatt.
Bemerkungen:
Unbenützte Stellen werden nicht aufbewahrt und können nachträgliche Honoraransprüche keine Berücksichtigung finden.

Nr. 69. I. Blatt Karlsruhe, Mittwoch, den 22. März 1899

Stadtverordnetenwahlen.

Wer angeht dieses sein Wahlrecht noch nicht ausgeübt hat, der beilege sich, seine Pflicht zu erfüllen. Es ist eine ernste Gewissenssache, nicht durch Laune den sozialdemokratischen Gegnern zu unterstützen.
Gewählt wird im großen Rathssaal.
Keiner bleibe zurück! Stimmet alle gegen die Sozialdemokratie!

Einladung zur Bestellung.

Es ist wieder Zeit, an die Bestellung des Vierteljahrs-Abonnements zu denken. Im Interesse der ununterbrochenen Lieferung des Blattes ist es von großem Wert, die Bestellung so früh als möglich zu machen.
Alle diejenigen, die die möglichst weite Verbreitung eines nationalen und liberalen Standpunkt mit Klarheit und Entschiedenheit vertretenden Landesblattes für wünschenswert und notwendig halten, werden auch beim bevorstehenden Quartalswechsel wieder dafür besorgt sein, daß der Abonnentenstand der „Badischen Landeszeitung“ abermals zunimmt.
Angehts der im Herbst bevorstehenden Landtagswahlen ist es von doppeltem Interesse, daß die Wähler nicht durch das Lesen farblos, unentschiedener Blätter eingeschläfert werden, sondern daß sie Zeitungen zu lesen bekommen, die ihnen täglich zeigen, welche Gefahren von unsern Gegnern drohen. Blätter, die vor diesen Gefahren die Augen verschließen, arbeiten an der politischen Versumpfung. Wenn je einmal in Baden, so ist es bei der gegenwärtigen Lage die erste Pflicht jedes liberal denkenden, charaktervollen Mannes, mit allem Eifer für die liberale Sache einzutreten und für Aufklärung unter der Wählerschaft zu sorgen. Je größer die Verbreitung der entschiedenen liberalen Blätter ist, desto leichtere Arbeit wird man bei den Wahlen haben!

Daß die „Bad. Landesztg.“ an Raschheit der Berichterstattung von keinem andern Blatt in Baden übertrifft, ist allgemein anerkannt, ebenso findet die Reichhaltigkeit, Mannigfaltigkeit und Gediegenheit des Inhalts überall volle Würdigung.
Unterhaltungsblatt, Parlamentsbeilage, Verlosungsbeilage, Sommer- und Winter-Fahrplanbuch, Kalender sind die Gratisbeigaben der „Bad. Landesztg.“, die in gleicher Ausstattung und Reichhaltigkeit von keinem andern Blatte des Landes geboten werden.
Neu hinzutretende Abonnenten erhalten gegen Einsendung der Abonnementsquittung die „Badische Landeszeitung“ für den Rest des Monats März gratis und franco zugesandt. Auch sind wir, wenn uns Adressen solcher Personen mitgeteilt werden, von denen sich ein Abonnement erwarten läßt, gern bereit, denselben die „Badische Landeszeitung“ von jetzt ab unter Streifenband täglich zugehen zu lassen.
Als Insertionsorgan verdient die „Bad. Landeszeitung“ bei ihrer stets wachsenden Verbreitung die besondere Beachtung der Geschäftswelt.
Der Abonnementspreis beträgt für Karlsruhe für das 2. Quartal durch eine Agentur bezogen: 2 M. 50 Pf., in das Haus gebracht 2 M. 80 Pf., durch die Post (ohne Zustellgebühr) 2 M. 50 Pf. bei Vorauszahlung.
Verlag der „Bad. Landeszeitung“.

Badischer Landtag.

120. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.
Am Regierungstisch: Finanzminister Dr. Buchenberger und Ministerialdirektor Weder.
Präsident Gönner eröffnet um 1/5 Uhr die Sitzung.
Eingelaufen: Mitteilungen der Ersten Kammer, sowie ein Antrag verschiedener Abgeordneter, das Haus wolle einen Protest gegen die Fassung des § 5 des Abgangsteuergesetzes erheben.
Die Abgg. Geldreich und Pfleger bitten um Urlaub.
Abg. Laub (Str.) erstattet den Bericht über den Gesetzentwurf, betr. die Erbschafts- u. Schenkungssteuer, wobei er auf den gedruckten Bericht verweist. Wenn er die Wahrheit sagen solle, müsse er eingestehen, daß er die Sache nicht so gut auswendig könne, wie er sich bemüht habe, den Entwurf zu bearbeiten. Ohne hart zu spüren, könne er also nicht auskommen. (Heiterkeit.) Er setze also voraus, daß die Herren, die sich für die Frage interessieren, es wohl gelesen haben und diejenigen, die dies nicht gehen, möchten den Bericht getrost mit nach Hause nehmen und in geeigneten Tagen an den Kollegen laud denken, der ihnen etwas vom Erben und Schenken erzählt habe. (Heiterkeit.) Zu den Einzelheiten des Entwurfs bemerkt er, daß die Kommission insbesondere an § 3 eine Änderung vorgenommen habe. Nach der Kommissionsfassung beträgt die Steuer bei Anfällen an Eltern des Erblassers 1 Proz. des Wertes, bei Anfällen an Voretern des Erblassers von Beträgen bis 5000 M. 1, bei mehr 2 Proz. und bei Anfällen an Geschwister und Abkömmlinge der Geschwister des Erblassers bis 3000 M. 3, bei mehr 4 Proz. Der Unterschied besteht also in der Steuerermäßigung für keine Anfälle. Nach dem Regierungsentwurf sollten die anerkannten unehelichen Kinder 6 Proz. zahlen. Die Kommission hat es bei der bisherigen Steuerfreiheit belassen und hierfür in § 4 eine Bestimmung getroffen. Bemerkenswert ist auch, daß zu § 4 Abs. 4 eine Bestimmung beigefügt wurde, wonach die Eltern des Erblassers, soweit der Anfall an den einzelnen Erbteil 10 000 M. nicht übersteigt, steuerfrei sein sollen. Zu § 40 hat die Kommission eine Bestimmung getroffen, daß ein Verzeichnis derjenigen Fälle, in welchen bezüglich der Erbschaftsrechte ein Abkommen zwischen der Regierung und den Beteiligten abgeschlossen wurde, mit dem Voranschlag, dem nächsten Landtag vorgelegt werden soll. Es solle darin kein Mißtrauensvotum für die Regierung liegen. In § 43 ist bestimmt, daß die Kosten für die Ermittlung der Steuerermäßigung nur dann dem Steuerpflichtigen zur Last fallen, wenn dieser sie zu privatrechtlichen Zwecken benützt. Der Berichterstatter beantragt schließlich die Annahme des Entwurfs in der Kommissionsfassung mit Ausnahme des § 38. Als stellvertretender Vorsitzender der Justizkommission stelle er den Antrag auf ein bloß-Annahme mit Ausnahme des § 38.
Finanzminister Dr. Buchenberger dankt dem Berichterstatter für seinen ausgezeichneten Bericht und der Kommission für die wohlwollende Aufnahme des Entwurfs, der einen wichtigen Abschnitt der Steuergesetzgebung darstelle. Er freue sich der Anerkennung, daß das Finanzministerium nicht von formalen Gesichtspunkten ausgeht, sondern sich in der Taxifesseltung durchaus von billigen Rücksichten leiten ließ; es zeigt sich dies auch in der Ablegung der Descendentenbesteuerung, die einen Anfall in der Steuerermäßigung des Staates bringen müsse. Es wäre ihm nicht gut erschienen, wenn der mit Rücksicht auf das bürgerliche Gesetzbuch notwendig gewordene Entwurf mit prinzipiellen Fragen bepackt worden wäre und er

freue sich der Zurückhaltung der Kommission. Zu den Änderungen erklärte er sein Einverständnis.
Sämtliche Bestimmungen mit Ausnahme des § 38 werden en bloc angenommen.
§ 38 regelt die Pflicht zur Auskunftserteilung und bestimmt, daß die Erben und die Vertreter und Bevollmächtigten derselben dem Nachlassgericht (Notar) gegenüber bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe verpflichtet sind, über die tatsächlichen Verhältnisse, soweit sie auf die Steuer von Einfluß sein können, Auskunft zu erteilen und auf Verlangen die betr. Urkunden vorzulegen. — Die Kommission beschloß hierzu den Zusatz: „Die gesetzlichen Vorschriften über die Verpflichtung zur Amtverschwiegenheit werden hierdurch nicht berührt.“ Die Kommission wollte mit diesem Zusatz Vorfrage treffen, daß Bevollmächtigte der Erben, z. B. Anwälte, nicht in die Lage kommen können, wegen Verweigerung der Auskunft über Tatsachen, die ihnen kraft ihres Amtes anvertraut waren, mit Ordnungsstrafen belegt zu werden. Gegenüber wurde seitens der Regierung bemerkt, der beantragte Zusatz könnte zu unrichtigen Auffassungen verleiten. Den Vertretern der Erben sei als solchen durch gesetzliche Bestimmungen keinerlei Amtverschwiegenheit bezüglich der Verhältnisse des Nachlasses auferlegt, und daß sie Kenntnisse, die sie in anderer Eigenschaft unter dem Siegel der Amtverschwiegenheit erfahren haben, nicht dem Nachlassgericht gegenüber preis zu geben haben, verhehe sich von selbst. Die Kommission beharrte jedoch auf ihrem Beschlusse, da, wie von verschiedenen Seiten aus der eigenen Erfahrung mitgeteilt wurde, besonders Rechtsanwälte, die vielfach als Bevollmächtigte Erbteilnehmer aufgestellt werden, gerade kraft ihres Standes im Vertrauen auf ihre Amtverschwiegenheit in auf den Anfall bezügliche tatsächliche Verhältnisse eingeweiht werden.
So hand die Angelegenheit bis zur heutigen Sitzung. Nach Annahme des ganzen Gesetzes mit Ausnahme des § 38 wurde nun die Sitzung unterbrochen, um eine nochmalige Beratung der Kommission mit der Regierung zu ermöglichen.
Nach einstündiger Beratung kam die Kommission zu dem Entschluß, ihren Antrag fallen zu lassen, da derselbe zu unübersehbaren Konsequenzen führen könnte.
Im Plenum stellt demgemäß der Berichterstatter Abg. Laub den Antrag auf Strich des Absatzes, ein Antrag, der mit allen gegen 2 Stimmen angenommen wird.
Hierauf wird das Gesetz in namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen.
Schluß 1/5 Uhr. Nächste Sitzung: Mittwoch, 27. März, nachmittags 1 Uhr.

Politische Uebersicht.

21. März.

Zamon.

Das Neu-erliche Bureau bringt aus Apia wieder aufsehenerregende Meldungen über Konflikte zwischen den Konjulen der drei Mächte:
Der britische und der amerikanische Konsul erstatten Proklamationen, in denen sie leugnen, daß Mataafa anerkannt sei und ein energisches Vorgehen androhen, falls die Anhänger Mataafas freier belästigt würden. Der deutsche Konsul verweigerte den Zutritt zu diesen Proklamationen und erließ eine eigene Kundmachung, welche die provisorische Regierung aufrecht erhält und in Abrede stellt, daß irgendwelche Belästigung der Partei Mataafas beabsichtigt sei. Die Proklamation schließt: „Er, der deutsche Konsul, hoffe, daß die provisorische Regierung inslande sein werde, der neuen Gefahr zu begegnen, welche dem Frieden des Landes und der Sicherheit seiner Bewohner durch die englisch-amerikanischen Proklamationen bereit werde und welche zur Folge hätte, daß sich sehr große Mengen bewaffneter Krieger angesammelt hätten.“ Nach Antritt der „Philadelphia“ hatte der amerikanische Admiral Kanth mehrere Konferenzen mit dem britischen und amerikanischen Konsul, mit Chambers und den Kapitänen der Kriegsschiffe. Darauf brachte die provisorische Regierung die Mataafa-Verhandlungen in einem festen Platz auf das Festland und ließ über ihre Schritte hinwegsehen, um sie einschüchtern zu lassen. Zwischen den britischen und amerikanischen Schiffsbefehlshabern bestehen die freundschaftlichsten Beziehungen. Admiral Kanth hat eine weitere Konferenz der Konjulen, des Oberleiters und der Kapitäne einschließlich des Kapitäns des „Falke“ eiderufen. Wahrscheinlich wird ein Ultimatum geschickt werden, und es ist nicht unmöglich, daß es zu neuen Kämpfen kommen wird.
Von anderer Seite werden diese Meldungen als übertrieben bezeichnet: Admiral Kanth habe nur die Weisung, das Leben und Eigentum der Amerikaner zu schützen und gemeinsam mit dem britischen Kapitän den status quo aufrecht zu erhalten. Was das Ultimatum betrifft, so darf wohl als wahrscheinlich angenommen werden, daß die deutschen Behörden keinen Anlaß nehmen, sich an demselben zu beteiligen, zumal die an Zahl überwiegenden Anhänger Mataafas bisher deutsche Sympathien zeigen. Inzwischen behen die Engländer wieder munter gegen die Deutschen. So lassen sich die „Times“ aus New-York, 16. März, melden:
„Die heute aus Apia eintreffende Nachricht, daß der dortige deutsche Konsul (Hof) wieder Scherereien (troubles) macht, läßt eine baldige Verständigung dringend notwendig erscheinen. Man glaubt hier, daß die Ausrufung dieses kriegerischen Beamten mehr als alles andere zur Sicherung des Friedens beitragen würde, der den neuesten Nachrichten zufolge bedroht ist.“
Hoffentlich geht diese Erwartung der „Times“ nicht in Erfüllung. Man darf vielmehr erwarten, daß die feste Haltung unseres deutschen Generalkonsuls, der sich auf die große Mehrheit der Eingeborenen stützen darf, wesentlich zur endlichen Pacificierung beitragen wird.

Oesterreich und die Vereinigten Staaten.

Es hieß vor einigen Tagen in einem Teil der Presse, in den Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu den Vereinigten Staaten sei eine Spannung eingetreten. Die „Neue Freie Presse“ bezieht sich, diese Gerüchte zu dementieren, die ihren Ursprung in der ablehnenden Haltung der amerikanischen Regierung bezüglich einer Erschädigung der Hinterbliebenen der beim Streik in Baltimore getöteten österreichischen Bergarbeiter hatten. Dazu bemerkt die „Politische Korrespondenz“: wenn es auch richtig sei, daß eine Spannung zwischen beiden Kabinetten nicht bestehe, so sei doch die Entscheidungssangelegenheit mit der Ablehnung der Ansprüche Oesterreichs durch die Vereinigten Staaten nicht abgethan. Das österreichisch-ungarische Ministerium des Auswärtigen sei vielmehr nicht gesonnen, die bezüglichen Erörterungen abzubrechen und von einer weiteren Vertretung der im Interesse österreichisch-ungarischer Staatsangehöriger ererbten billigen Ansprüche abzulassen. Es war ferner gemeldet worden, daß die österreichische Gesandtschaft in Washington in eine Vorschlag verhandelt werden sollte. Nach der „Kol. Kor.“ bestätigt sich diese Mitteilung nicht; ein derartiger Entschluß ist „noch nicht“ gefaßt.
Spanien und die Philippinen.
Die Auslieferung der spanischen Gefangenen auf den Philippinen stößt auf neue Schwierigkeiten. Der unglückliche General Rios, den nach seiner Niederlage das Kriegsgericht erwartet, hat mit Aguinaldo Verhandlungen wegen der Freilassung der Gefangenen eingeleitet, doch mußte er dieselben einstellen, weil der

amerikanische General Otis sein Veto einlegte. Mit den Rebellen dürfe nicht unterhandelt werden. Nunmehr hat sich Rios mit einem ergreifenden Schreiben an die Vereine von Roten Kreuz in Spanien gewandt und bittet, alle europäischen Schwefelveredine zur Vermittlung aufzufordern, damit endlich die beklagten werten Soldaten aus der Gefangenschaft befreit werden können. General Rios hatte von seiner Regierung Anweisung, mehrere Kanonen, Waffen und Munition nach den Carolinen zu bringen, doch auch der Ausführung dieses Befehls setzte Otis, wie die „Münch. N. N.“ melden, sein Veto entgegen. Die Erbitterung, welche in Spanien über diese und ähnliche Vorkommnisse herrscht, wendet sich jedoch weniger gegen Amerika als gegen die eigene Regierung. Mit begrifflicher Entrüstung wird die Regierung beschuldigt, sie habe die Leute, welche für Spanien ihre Haut zu Marite getragen haben, aus Freiheit vor den Amerikanern im Stiche gelassen. Die Gefangenen schreiben Briefe auf Brief nach Hause und bitten die Freigabe, ihre Freilassung zu bewirken. Der Staat aber sagt, er sei nicht in der Lage, die Leute zu befreien, das müßten die Amerikaner thun, diese wieder schieben die Sache den Philippinos zu. Wie dieser Zirkelzug enden wird, ist noch nicht abzusehen. Die inzwischen heimgekehrten Soldaten verbessern die Stimmung nicht. Man zahlt ihnen keinen Sold aus und wie dadurch die innerpolitische Lage beeinflusst wird, haben wir erst dieser Tage dargelegt. Zudem wird jetzt bekannt, daß in Cuba allein an Ruhr und Fieber über 10 000 Mann gestorben sind! Den Manifestanten aller Art wird durch das Bekanntwerden dieser Thatfachen neues Wasser auf ihre Mühlen geliefert und die spanische Regierung wird für ihre Mißwirtschaft noch lange Sturm zu ernten haben. — Ueber die neuesten Vorgänge auf den Philippinen siehe die Telegramme.

Deutsches Reich.

Cecil Rhodes über seinen Aufenthalt in Berlin.

Cecil Rhodes hegt, wie er sich in Berlin mehrfach geäußert hat, sehr gemischte Empfindungen über seinen Empfang in Berlin, nur von seiner Audienz beim Kaiser ist er sehr entsetzt, „obgleich diese durchaus keinen herzlichen (!) Charakter gehabt habe“. Rhodes äußert, zwar habe es ihm anfangs kühl entgegengekommen, doch sei bald dieses Gefühl einer aufrichtigen Bemürdung gewichen, als er beim Kaiser hohes Interesse für alles Koloniale und eine geradezu verblüffende Kenntnis alles Einschlägigen, selbst der geringsten Details, bemerkte. Die dreiviertelstündige Audienz sei ihm wie im Fluge geschwunden, zumal das Gespräch keine Stunde gedauert habe und der Kaiser in seinen Fragen ein diplomatisches Geschick allerersten Ranges entwickelt habe. Nicht genug konnte Rhodes außerdem die Lebenswürdigkeit des Kaisers gegenüber allen Teilnehmern rühmen, die zu dem von Sir Frank Casselles am Dienstag gegebenen Diner geladen waren. Einen größeren Gegenstand kann man sich nicht denken, als den Kaiser bei der Audienz und den Kaiser als Gast des großbritannischen Botschafters, hier die Feindseligkeit selbst und dort jeder Zoll ein Kaiser. In einen Unterredungen mit den Herren v. Bülow, v. Rittow, v. Rittow und den Herren der Kolonialabteilung traten Herrn Rhodes, wie er selbst angibt, große diplomatische Reserve und noch größere Wahrung der deutschen Interessen gegenüber. Es sei in der That beängstigend gewesen für einen alten Diplomaten, wie er sich schmeicheln zu sein, wie kühl und doch so aufmerksam diese Herren seine Vorschläge aufnahmen und verfolgten. Mit solchen Vertretern hätten die früheren englisch-deutschen Verträge über Sanjibar u. s. w. für England wohl wenig befriedigend abgeschlossen werden können. Angesichts dieser Haltung könne — was ja auch nie beabsichtigt worden sei — von einer Uebervorteilung deutscher Interessen, absolut keine Rede sein. Im Gegenteil, es hätten sogar einige Punkte, auf denen die englischen Interessen besonders hartnäckig, zum Vorteil der deutschen fallen müssen, um die Verhandlungen bis zu einem bindenden Vertrag zu bringen. — Hoffentlich liegt die Sache tatsächlich so, wie Herr Rhodes sie darzustellen beliebt, meint die „Dsch. Ztg.“ Bisnard sagte einmal: „Wenn wir im Auslande von interessierter Seite ganz besonders gelobt werden, so dürfen wir uns versichert halten, daß wir einen großen Fehler gemacht haben oder zu machen im Begriffe sind.“
Ber. in, 20. März. Der provisorische Centralvorstand der nationalliberalen Partei wurde gestern eidungsfähig; v. Bennigsen wurde zum Ehrenmitglied des Centralvorstandes ernannt. Nachmittags fand im Kaiserhof das gemeinsame Festmahl der Fraktionen des Reichstags und des preuss. Landtags statt.

Ausland.

Ufen.

Am Persischen Golf ist nach Beilegung der Mastat- Frage ein anderer wichtiger Punkt unter englischen „Schuh“ genommen worden. Es ist dies die Stadt Linga zwischen Buschir und Bender Abbas. Es wurde schon erwähnt, daß Anfang dieses Monats eine persische Strafexpedition gegen den Araber Scheich von Linga, der sich empört hatte, ins Werk gesetzt, die Stadt erobert und der aufständische Scheich nach Buschir vertrieben wurde. In Indien war man auf die dortigen Perser bei Zeiten aufmerksam geworden und hatte den Admiral Douglas, den „Helden von Mastat“, mit der „Sphinx“ dorthin geschickt, der denn auch zum Schutze der Europäer seine Mannschaft landete. Mit diesem Eingreifen hat England einen neuen günstigen Hafen am persischen Golf in seine Hände gebracht und es ist ganz merkwürdig, daß die Eingeborenen immer zum richtigen Zeitpunkt den Engländern den Gefallen thun, ihnen Gelegenheiten zum Einschreiten und Festsetzen zu geben.

Kairo.

18. März. Der Ausbruch der Pest in Dscheddah, dem Hafen von Mekka, hat hier große Unruhe verursacht. Man befürchtet eine Verschleppung der Seuche nach Aegypten. Gerade jetzt, nach Beendigung des Wairams, ist der Auszug von Pilgern sehr stark. Infolge dessen hat die englische Regierung den Khedive aufmerksam gemacht auf die Gefahren, welche dem Lande durch die Heimkehr der Mekkapilger drohen. Der Khedive berief die Ulema und legte die Sache dar. Nach gemeinsamer Beratung wurde beschlossen, daß die Pilgerfahrt nicht zu verbieten sei. Darauf lehnte der Khedive den englischen Einspruch ab. Aus Achtung vor der Staatsreligion muß England sich damit befriedigen.
Prätoria, 20. März. In einer öffentlichen Versammlung erklärte Präsident Krüger, bezüglich der Ansprüche der Fremden auf bürgerliche Rechte werde er im Volkswaad eine Abänderung des Gesetzes vorschlagen, wonach die Fremden nur noch 9 Jahre zu warten haben, bevor sie die vollen bürgerlichen Rechte erhalten, jedoch nur gegen Ableistung eines Unterthans eines unter denselben Bedingungen, wie sie in Amerika bestehen.

Baden und Nachbarländer.

Karlsruhe, 21. März. Der freisinnige „Mannh. Anz.“ veröffentlicht einen mit Fr. gezeichneten Artikel aus Karlsruhe, in dem das Zusammengehen der freisinnigen Partei mit den National-Liberalen bei den jetzigen Stadtverordnetenwahlen gegen die demokratischen Vorwürfe verteidigt wird. Der Schluss des Artikels greift, anknüpfend an eine von Herrn Rechtsanwalt Früh-auf in einer Agitationsversammlung vor einigen Tagen gehaltene Rede, etwas in die Zukunft hinüber; wir glauben diesen Teil des Artikels mitteilen zu sollen. Es heißt da: „In der ziemlich lebhaft verlaufenen beiderseitigen Agitation wird seitens der Demokratie insbesondere gegen uns (Freisinnige) der Vorwurf erhoben, daß wir in einer Versammlung gelegentlich auf das jegliche Kompromiß als den möglichen haben. Sehr mit Unrecht. Schon vor 9 Jahren haben die vereinigten Freisinnigen und Demokraten die Möglichkeit ins Auge gefaßt, welche seither in Bremen und namentlich in Frankfurt, der Sache nach aber auch in mehreren Berliner Reichstagswahlkreisen zur Wirklichkeit geworden ist: Sammlung der bürgerlichen Parteien mit freisinniger Spitze gegenüber der Sozialdemokratie. Damals war es nicht an dem Spöttern in den eigenen Reihen, welche dieses Programm mit dem badißch werdenenden Applaud vergleichen. Die Thatsachen aber sprechen laut und eindringlich dafür: wenn es gelingen soll, der Sozialdemokratie Siege wie Mannheim, Karlsruhe und andere künftig zu entreißen, so erscheint ein anderer Weg so gut wie ausgeschlossen. Und auch dieser Weg ist nur dann gangbar, wenn er nicht zu spät betreten wird — wie dies in Frankfurt der Fall war. Die Freisinnigen werden sich aber ihr gutes Recht nicht nehmen lassen, ihrer gerechten Sache so nachdrücklich als möglich zu einem hoffentlich recht baldigen Siege zu verfechten.“

Heidelberg, 20. März. Gestern nachmittag um 5 Uhr entstand im Stadtwald in der Nähe des Schießhauses ein Brand, durch welchen ungefähr 14—16 A Wald vernichtet wurden. — Am Samstag, 18. März, kürzte das 4jährige Söhnchen des Bierbrauers Hettel, laut „W. B.“, in den Wäldern am Gemenwert und entran.

BN. Baden-Baden, 19. März. Gegenwärtig wird mit der Anlage einer Wasserleitung zur Bewässerung der Rennbahn in Iffezheim begonnen. Dieselbe befindet sich nördlich vom Friedhofe in Iffezheim, in dessen Nähe sich zahlreiche Quellen befinden. Mit der Ausführung dieses Projekts wird einem Mißstande abgeholfen, der sich in den letzten Jahren, ganz besonders aber bei den letztjährigen Rennen fühlbar machte, no durch die Gluthitze der heißen der Rennbahn zur Steinhärte ausgetrocknet war, so daß das Laufen der Pferde mit der Gefahr verbunden war, daß die Pferde während der Rennen zusammenstürzten und teils lahm zurückgeführt werden mußten. Durch Bewässerung der Bahn wird dem für die Folge vorgebeugt.

BC. Offenburg, 20. März. Das preuß. Kriegsministerium hat von der Verlegung einer Artillerie-Abteilung nach Offenburg Abstand genommen. Die Abtheilung soll, wie wir hören, nach Wittlich verlegt werden.

Waldkirch, 20. März. In der Rehrgrube von Speiser in Weibach, in der 2 Arbeiter beschäftigt waren, stürzte plötzlich eine Lehmwand ein, wodurch der 24jährige Arbeiter Buchholz von Erbinden verbrannt wurde. Der andere Arbeiter konnte sich noch rechtzeitig retten. Der Verunglückte konnte lt. „W. B.“ erst nach 3 Stunden als Leiche zutage gefördert werden.

Freiburg, 20. März. Der Güterbegleiter Gebhard Busch stand unter der Thüre eines Radwagens, als eben der Zug in die Station hinein einlief. Durch das schnelle Anhalten rollte die Wagenthüre zu und Busch wurde mit dem Kopf eingeklemmt, wobei er verletzt wurde, daß er noch in der gleichen Nacht im Spital in Basel starb. Der Unglückliche, der eine Frau und 3 Kinder hinterläßt, hatte unvorsichtigerweise vor der Sicherung, mit der alle Gepäckwagen versehen sind, seinen Gebrauch gemacht.

Karlsruher Anwalt, 18. März. Großes Aufsehen erregte die heute erfolgte Verhaftung des seit zwei Jahren beim hiesigen Landgericht zugelassenen Rechtsanwalts Seith wegen dringenden Verdachts der Veruntreuung deponierter Klientengelder. Nachdem der genannte, einer reichen Familie entstammende Anwalt mehrere Jahre in Frankenthal seine Praxis ausgeübt hatte, war er hierher übergesiedelt und hatte nacheinander mit den Rechtsanwältinnen Dr. Gallingen und Dr. Krieger ein gemeinschaftliches Bureau unterhalten. Lediglich beschäftigte sich mit ihm dieser Tage auch die pfälzische Anwaltskammer als Disziplinärbehörde und erkannte gegen ihn wegen nicht näher an die Öffentlichkeit gelangter Verurteilungen auf Verweis und 1000 M. Geldstrafe. (Straßb. B.)

B. N. Speyer, 19. März. Der Rhein hat einen so niedrigen Wasserstand, wie er um diese Jahreszeit nur selten zu beobachten ist. Die hiesige Schiffbrücke liegt nahe am badißchen Ufer hoch auf der dort befindlichen Sandbank und senkt sich nach beiden Seiten auf dem Wasserpiegel bedeutend tiefer. Die Schiffahrt oberhalb Speyer nach Straßburg ist schon seit einiger Zeit eingestellt.

Vorläufige Ergebnisse der Viehzählung vom 3. Dezember 1898.

Wie alljährlich, hat auch wieder am 3. Dezember 1898 die regelmäßige amtliche Aufnahme des Viehstandes im Großherzogtum stattgefunden. Nach den vorläufigen Zusammenstellungen, die durch zur Zeit im Gange befindliche Nachfragen noch kleine Abänderungen erfahren durften, wurden bei der Zählung vermittelt: 72 087 Pferde (einschließlich 8320 Militärpferde), 65 021 Esel und Maultiere, 659 164 Stück Rindvieh, 74 157 Schafe, 452 888 Schweine, 110 773 Ziegen, 98 004 Bienenstöcke, 2 196 271 Stück Federvieh und 46 187 Hunde.

Vergleicht man diese Zahlen mit den endgiltigen Ergebnissen des Vorjahres, so lassen sich folgende Veränderungen gegenüber den Beständen von 1897 beobachten: Zugenommen haben die Pferde um 1472 Stück, das Rindvieh um 8279, die Schweine um 41 135, die Ziegen um 829 Stück, die Bienenstöcke um 2448 und die Hunde um 2485; dagegen hat sich die Zahl der Esel und Maultiere um ein Tier, die der Schafe um 7064 Stück vermindert. Das Federvieh zeigt ein Weniger um 18 088 Stück.

Der Viehstand ist somit bei den wichtigeren Tiergattungen in einem erfreulichen Aufwande begriffen; der Rückgang in der Schafzucht macht sich bekanntlich überall in Deutschland schon seit Jahren bemerkbar. Von einiger Bedeutung ist noch die Abnahme des Federviehs, das sich aus 148 421 Gänzen (— 12 570 gegen das Vorjahr), 57 251 Enten (— 785), 221 836 Tauben (— 4950), 1 765 999 Hühnern und Hähnen (— 11 616) und 2795 Truthähnen (+ 373) zusammengesetzt. Zurückgegangen sind hiernach bedauerlicherweise hauptsächlich die wichtigsten Vertreter des Federviehs, die Gänse und Hühner. Ob die im Laufe des Jahres 1898 in verschiedenen Gegenden des Großherzogtums, aber nur in sehr geringem Umfange, ausgebreitete Geflügelcholera auf die Abnahme der Geflügelhaltung eingewirkt hat, läßt sich s. St. noch nicht entscheiden. (R. Btg.)

Zeitungs-Schau.

Der demokratische „Bad. Landesbote“ ist in seiner gestrigen Nummer voll von Empfehlungen des sozialdemokratischen Stimmzettels für die heutigen Stadtverordnetenwahlen. Doch hat das Blatt nebenbei noch Raum, um uns den Vorwurf zu machen, daß wir „das anmutige Geschick des Demuziens“ betreiben, weil wir auf den Widerspruch aufmerksamer machen, der in der Stellung des Herrn Prof. Heimbürger als Staatsdiener und in seiner öffentlichen Agitation zugunsten der Staatsfeinde in Sozialdemokratie liegt. Daß der Vorwurf des „Landsboten“ uns nicht trifft, brauchen wir verständigen Lesern nicht auseinanderzusetzen. Unfertwegen kann Herr Prof. Heimbürger für sozialdemokratische Wahlzettel agitieren, solange es ihm Vergnügen macht, er kann auch selbst Sozialdemokrat oder gar Anarchist werden, wir haben nichts dagegen; aber wir werden auch in Zukunft immer wieder auf den unvereinbaren Gegensatz hinweisen, der in der Agitation für eine Umhurzpartei und der gleichzeitigen Eigenschaft als Staats-Meiner liegt.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 21. März. — **Bericht.** Sonntag vormittag nahmen H. H. D. der Großherzog und die Großherzogin an dem Gottesdienst in der Schloßkirche teil, sowie an der darauffolgenden Einsegnung der Konfirmanden des Oberhofpredigers D. Helbing. Danach empfing S. K. H. der Großherzog den Grafen v. Limburg-Stirum aus Baden-Baden. Zur Frühstückstafel erschienen S. K. H. Prinz Karl und Gemahlin, Gräfin Rhena. Abends besuchten die Groß. Herrschaften einen Teil der Oper im Groß. Hoftheater. — **Gestern** vormittag empfing S. K. H. der Großherzog den Staatsminister Dr. Noll zur Vortragserstattung. Zur Frühstückstafel kam J. Kaij. H. die Prinzessin Wilhelm zu den Höchsten Herrschaften. Nachmittags hörte S. K. H. der Großherzog die Vorträge des Geh. Legationsrats Dr. Febr. v. Babo und des Legationsrats Dr. Seyb. Abends besuchte J. K. H. die Großherzogin das Konzert der Museums-Gesellschaft.

— **Academie der bildenden Künste.** Wie wir mit besonderer Freude hören, sind die Professoren Hans Thoma und Wilhelm Trübner, welche s. St. beide am Städtischen Institut in Frankfurt a. M. thätig sind, an die hiesige Malerschule berufen worden. Man wird nicht fehlgehen, hierin die eigenste Initiative S. K. H. des Großherzogs zu erblicken, der zwei zu hohen künstlerischen Ehren gelangte badißche Landsleute, (Prof. Thoma ist aus Bernau im Schwarzwald, Prof. Trübner aus Heidelberg gebürtig), an die Kunst-Academie des Landes als Lehrkräfte berufen hat. Die Verantwortlichkeiten dieser beiden Künstler bieten an sich schon die beste Gewähr für ein harmonisches Zusammenwirken mit ihren Kollegen.

— **Preisanschriften.** Die rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Freiburg i. B. setzt in Gemäßheit der bei ihr beschenden Dr. Rudolf Schleichens-Stiftung einen Preis von 1000 Mark für die beste Arbeit über folgendes Thema fest: „Die Landwirtschaft in Baden seit der Grundbesitzreform.“ Es wird die Unternehmung folgender Punkte gewünscht:

1. Entwicklung der technischen, Anbau- und Marktverhältnisse seit der Grundbesitzreform. Die gegenwärtigen handelspolitischen Interessen. Wechselbeziehung zwischen Stadt und Land. 2. Grundbesitzverteilung und Besiedelungsbewegung. Auswanderung, Abwanderung, Zuwachs. Die Frage des Altmenschen. 3. Veranschaulichung der badißchen Landwirtschaft. Entwicklung, Statistik für die Gegenwart, Ursachen, Reformen, Genossenschaftswesen (Entwicklung und heutiger Stand). 4. Vererbung des Grundbesitzes, Entwicklung, thatsächliche Verhältnisse, Frage des Anerbenrechts für Baden. Es bleibt dem Verfasser vorbehalten, auf eines dieser vier Gebiete den Schwerpunkt der Arbeit zu legen, jedoch unter gebührender Berücksichtigung der Zusammenhänge und Wechselbeziehungen zwischen ihm und den anderen Gebieten. Die Arbeit hat die Verhältnisse der Gegenwart vorwiegend im Auge zu fassen. Die Arbeiten müssen in deutscher Sprache verfaßt sein und bis zum 1. März 1901 bei dem Dekan der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät unter Geheimhaltung des Namens des Verfassers eingereicht werden. Die genaueren Bedingungen der Preisbewerbung sind, lt. „R. Btg.“, von der Universitätskanzlei zu erfahren.

— **Daß die „Bad. Landeszeitung“** sich der besonderen Beachtung der Behörden erfreut, hat eine Schöffengerichtsung vom vergangenen Samstag bewiesen. Angeklagt war der verantwortliche Leiter des Inzeratenteils unserer Zeitung, weil in zwei verschiedenen Nummern des Januar ein Inzerat betr. Schiffmanns Aishma-Fulver enthalten war. Vor Aufnahme des Inzerats wurden bei dem hiesigen Ortsgesundheitsrat Erkundigungen eingezogen, ob gegen die Aufnahme etwas einzumachen sei. Es wurde dort der Weisheit gegeben, ein Verbot der Anklage liegt nicht vor, die Akten befanden sich noch beim Bezirksrat. Obwohl das fragliche Pulver auch in anderen hiesigen Blättern und in verschiedenen anderen des badißchen Landes inseriert worden war, erregte man doch nur die „Bad. Landeszeitung“ mit einem Strafbeschl. Der Einspruch gegen denselben wurde vom Schöffengericht verworfen.

— **Der Frühling** zog heute früh (21. März) im „weißen Winterkleid“, das allerdings nur dünn war, ins Land. Der Schnee war gestern abend um 11 Uhr gefallen. Die Temperatur stand auch heute nacht mehrere Grade unter Null.

— **Polizeibericht.** Am 18. d. M. abends wurde einem in der Waldstraße wohnenden Geschäftsmann in einem Bad in der westlichen Kaiserstraße aus den Hosen ein Portemonnaie mit 109 M. entwendet. Als Täter wurde ein in der Mademstraße wohnender Anstreicher ermittelt und verhaftet, welcher noch im Besitz des Portemonnaies mit Inhalt war, welches dem Beschädigten wieder zugestellt werden konnte. Der Täter hat auch zugestanden, daß er in letzter Zeit dort mehrere derartige Diebstähle ausgeführt hat. — Einem in der Zähringerstraße wohnhaften Musiker wurde am 11. d. M. in dem Hofraum einer Wirtshaus die Fahrrad-Lampe im Wert von 8 M. entwendet. Als Täter wurde inzwischen ein schon wegen Diebstahls in Untersuchungshaft befindlicher Arbeiter ermittelt. — In der Ritterstraße wurde am 18. d. M. in einem Hause eine Kellerthüre gewaltsam geöffnet und aus dem Keller 3 Flaschen Sekt im Werte von 9 M. entwendet. — In vorletzter Nacht wurde in einem Laden der Annalstraße die Marmorplatte am Abendisch abgehoben und dann aus der Ladentasse 15 bis 20 M., ferner aus einem Schlafzimmer eine Weducuhr im Werte von 6 M. entwendet.

— **Zusammenfassung der 190. öffentlichen Sitzung der Zweiten Kammer** auf Mittwoch, den 22. März 1899, nachmittags 1 Uhr. 1. Anzeige neuer Eingaben. 2. Beratung des Berichts der Kommission für den Gesetzentwurf, die Aufbesserung gering besoldeter Pfarrer aus Staatsmitteln betreffend. Berichterstatter: Abg. Hug.

In den städtischen Wahlen.

In Kolossensaal fand gestern abend eine gut besuchte Wählerversammlung der vereinigten konservativen, freisinnigen und national-liberalen Partei statt, welche von Herrn Prof. Seith eröffnet und begrüßt wurde.

Der Obmann der Stadtverordneten, Herr Prof. Goldschmidt, charakterisierte nochmals in treffenden Worten die Stellungnahme der vereinigten Bürgerparteien, gegenüber der radikalen Opposition, die gewisslos eine maßlose Agitation unter der Stadtverwaltung und Kontrolle bisher eine vorzügliche gewesen sei. Die Sozialdemokraten geben auch, in die Enge getrieben, zu, daß es sich für sie lediglich um eine politische Kampftprobe handelt, mit der bei erfolgreichem Ausgang zu anderem Zwecke Spettakel gemacht werden soll. Die Angriffe, welche jenseit der national-liberalen Partei gewohnheitsmäßig zufließen, erregen sich diesmal mit besonderer Heftigkeit über die wieder mit ihr verbündeten anderen Parteien, denen eine Einbuße ihrer politischen Reputation nachgesagt wird. Das Gedächtnis der Gegner, die solche Vorwürfe erheben, ist außerordentlich kurz. Bereits im Jahre 1890 sind diejenigen, die heute mit der Sozialdemokratie unsere Gegner sind, infolge einer damals herbeigeführten Verhändigung mit uns vereinigt gewesen. Wer hat sich also geändert? Die Gegner oder wir? Bedauerlich war allerdings, daß im Jahr 1896 diese Verhändigung nicht erreicht wurde. Heute besteht sie aber glücklicherweise wieder und es möge hoffentlich so bleiben, bei voller Wahrung der Selbstständigkeit jeder einzelnen Partei. Es gilt einen anmaßenden Gegner zurückzubringen, der seiner Bedeutung nach gar keinen Anspruch auf die Alleinherrschaft zu machen hat. Abgemittelt haben vor 3 Jahren von 7900 Wählern nur etwa 4600. Hiervon dürften 1900 auf die bis zum letzten Mann erschienenen Sozialdemokraten entfallen, 1400 auf Nationalliberale und 1200 auf die übrigen Parteien. Wem gehören also die zu Haus gebliebenen 3300 Wähler an? Der Sozialdemokratie, die erfahrungsgemäß ihren letzten Mann ausbietet, gewiß nicht. In den seitdem verfloßenen Jahren wird sich diese Zusammenstellung nicht wesentlich verändert haben und angesichts einer solchen Statistik über ihre numerische Macht, magt es die Sozialdemokratie, die Stadt-

verwaltung unter ihre Herrschaft bringen zu wollen? Das sozialdemokratische Programm führt unweigerlich zu einer Erhöhung der Umlagen, denn die maßlosen Forderungen der Sozialdemokratie kennen keine Abwägung der Pflichten. Durch städt. Umlagen werden beiläufig 582 000 M. aufgebracht. Hieran zählt die 1. Wählerklasse ca. 380 000, die zweite 144 000, bleibt für die 3. Klasse ca. 58 000 M., d. h. $\frac{1}{2}$ der städt. Umlagen. Also diejenige Partei, welche nur $\frac{1}{2}$ der städt. Umlagen aufbringt, die Sozialdemokratie, will die Herrschaft über die anderen Steuerzahler an sich reißen und zur Motivierung weiß die Sozialdemokratie nichts anderes beizubringen als haltlose Beschuldigungen, die sie selbst preisgibt? Weder schießt mit der Aufforderung, sich nicht einschließen zu lassen, sondern den Sozialdemokraten bis auf den letzten Mann entgegenzutreten, um deren Annahme zu schänden zu machen und der radikalen Opposition zu beweisen, daß wir das Rathaus nicht zum Tummehlplatz politischer Leidenschaft und ehrgeiziger Bestrebungen machen lassen wollen, sondern den ruhigen und besonnenen Fortschritt in der Stadtverwaltung aufrecht zu erhalten willens sind. (Lebhafte Beifall.)

Stadt. Kern (konf.) erkennt die Loyalität der Wählliste der vereinigten Bürgerparteien an und warnt die kleinen Beamten und Geschäftslente, Sozialdemokraten zu wählen, was ihrem Stenerzettel sicher nicht zugut kommen würde. (Beifall.)

Stadt. Dr. Weill begrüßt das Uebereinkommen der bürgerlichen Parteien, das hoffentlich auch in anderen politischen Angelegenheiten seine Früchte tragen werde. (Lebhafte Zustimmung.) Weder weiß die Angriffe der Sozialdemokraten und Demokraten auf seine Partei energisch zurück und charakterisiert an der Hand des „Vollstreund“ die Schmähungen, welche die Demokratie sich von ihren jetzigen Verbündeten bieten lassen muß. Seiner Partei werfe man vor sich um ein Duzend städtischer Mandate willen der Sozialdemokratie in die Arme geworfen zu haben und was thut die Demokratie: sie wirft sich um eines halben Duzends Mandate willen, der Sozialdemokratie in die Arme, die sie und ihre Parteifreunde in und außerhalb des Landes beschimpft und verlästert. (Sehr gut!) Weder erinnert gleich den anderen die vor ihm gesprochen haben, an die musterhafte soziale Fürsorge der Stadtverwaltung, der gegenüber sich der von der Sozialdemokratie betriebene gehässige Rauf- und Reud und ihre Verleumdungs-fucht nur mindesten recht unwohl ausnehmen. (Lebhafte Zustimmung.) Der Appell der Sozialdemokraten an den Wähler sei eine Spekulation auf die Gutwilligkeit und die Unwissenheit. Das müsse gesagt werden. (Beifall.) Weder schießt mit der Aufforderung an Wahltag nicht nur selbst zu wählen, sondern auch dafür zu sorgen, daß jeder Bekannte sein Wahlrecht ausübt. Dann wird der Sieg unser sein und der Gegner hoffentlich für längere Zeit genug haben. (Lebhafte Beifall.)

Stadt. Dr. Binz erinnert an die Spiegelfechtereie des Centrums, das mit seiner eigenen Liste nur Jerspflichtung unter die Wähler tragen und auf diese Art sein Teil zum Sieg der Sozialdemokratie beitragen wolle, denn die Centrumsliste ist ganz aussichtslos. Die Interessen aller Stände gegenüber der Sozialdemokratie sind solidarisch und dem Fanatismus und Terrorismus der Sozialdemokratie wird hoffentlich am Wahltag die geübende Antwort zuteil werden. (Beifall.)

Professor Seith erinnert in seinem Schlusswort daran, daß trotzdem die Interessen der Stadtverwaltung rein wirtschaftliche seien, der Wahlkampf diesmal auf politische Gebiet getragen worden sei und auch demgemäß ausgefochten werden müsse. Jede J edermann seine Pflicht im Hinblick auf die entscheidende Einigkeit der Gegner, dann muß der Sieg unser sein. (Beifall.)

Nachdem noch die Herren Betriebsleiter Becker, Stadt. Kern und Herr Edelmann gesprochen haben, richtet Stadt. Dr. Friedberg nochmals einen Appell an die Wähler und bringt im Hinblick auf die erntende Saatzeit der bürgerlichen Parteien deren Jähren ein Hoch.

In der Festhalle fand gestern abend gleichzeitig nicht eine Wähler-, sondern eine Volksversammlung statt, bei der der Saal zu Dreivierteln gefüllt, die Galerie dagegen ziemlich leer war. Unter den Erscheinenden waren auch ziemlich junge Leute ohne Wahlrecht, wie sie stets derartige Versammlungen bevölkern. Der erste Redner, Herr Geck von Offenburg, begann mit der Besprechung von der Ueberwindung durch die frühe Ansetzung des Wahltermins, die (man passe genau auf) aus Angst vor der Hierher-Verlegung des „Vollstreund“ geschah. In der Gemeinderat-Verlegung des „Vollstreund“ geschah. In der Gemeinderat-Verlegung müße es durch die heutigen Wahlen am 1. Frühlingstag ebenfalls Frühling werden, denn die jetzigen Jähren seien russisch, barbarisch u. s. w., weil denen, die Unterstützung gewiesen, das Wahlrecht vorenthalten werde. (Als ob auf dem Rathaus über das Wahlrecht entschieden würde! Red.) Es folgten dann alle Forderungen der „gerechten und edelenden“ Sozialdemokratie, alle bei früheren und jetzigen Wahlen zum Ueberfluß gehörten Vorwürfe und Schimpereien über die bösen Nationalliberalen, dann ging über die gegnerischen Zeitungen her. Die 500 000 M. städtischer Mehrausgaben, die die Durchführung der von den Sozialdemokraten geforderten Reformen mit sich bringen würden, machen sich nach der Meinung des Herrn Geck wieder vielfach bezahlt. Zuletzt ein kategorischer Befehl, wie heute die „Wahlboten“ zu wählen haben! Noch länger, aber auch noch viel banaler, ohne einen einzigen neuen Gesichtspunkt sprach Herr Benedey, dem von allen Parteien die nationalliberalen am meisten zuwider ist. Auch Herr Dreßbach war auf einen Artikel im „Mannh. Anz.“, den er Herrn Frühauß zuweist, herbeigekommen, um über diesen und die freisinnige Partei zu wipeln. Den Freisinnigen wird zur Strafe auch in Mannheim keine Unterstützung mehr zuteil. Es sei eine Schande, am Seg zu zweifeln, doch gelte es alles anzubieten, damit heute abend der Telegraph der Welt einen neuen Sieg der Sozialdemokratie und ihrer Verbündeten melden kann. Herr Kolb sprach ebenfalls, damit die böse „Landesztg.“ nicht mehr sagen kann, es hätten nur auswärtige Redner gesprochen. Ein von Herrn Kern untergeordnetes Flugblatt erregte sein besonderes Mißfallen und starke Ausbrüche, wie Unverschämtheit, Frechheit und dergl. bezugten dies. Die Gewerbetreibenden müssen nur deshalb so viel Steuer zahlen, weil das System ungerecht ist u. s. w. Herr Frühauß wurde gar ein tüpeltakter Redner genannt, weil er kürzlich die kommunale Thätigkeit der Sozzen sehr treffend verurteilt hatte. Es folgten dann Angriffe gegen die Stadtverwaltung, weil sie Privatgesellschaften favorisierte, statt Berdebahn, Altkanalbau u. s. selbst zu betreiben. Unternehmer derartiger Betriebe dürften überhaupt nicht in der Gemeinderatverwaltung sein. Nach dem üblichen schmerzlichen Appell für heute sprach noch Stadt. Schaler, dessen verdorrte Aus-sführungen größtenteils unverändert waren. Währendem lief das Gros der Versammlung davon, die gegen 12 Uhr geschlossen wurde.

Antliche Nachrichten.

S. K. H. der Großherzog hat unter dem 27. Febr. dem Ratsschreiber Konstantin Scheuringer in Gantenbach die silberne Verdienstmedaille verliehen.

S. K. H. der Großherzog hat unter dem 11. März dem Postinspektor Ballhaus a. Leutner unter Ernennung desselben zum Postdirektor die Vorbesetzstelle bei dem Postamt 1 in Mannheim übertragen.

S. K. H. der Großherzog hat unter dem 7. März die Professoren Leopold Graf v. Kaldenau, Robert Pögelberger und Carlos v. Geithe an der Akademie der bildenden Künste, ihrem Ansuchen entsprechend, aus dem badißchen Staatsdienst entlassen.

Mit Entschließung Groß. Ministeriums über Justiz, des Kultus und Unterrichts vom 14. März d. J. wurde Real-

